

## Liberaler Einblicke und Ausblicke

Rückblick und Perspektiven der Arbeit des Kreisverbandes in der Sozialpolitik  
von Birgit Thomann

"Und täglich grüßt das Murmeltier" heißt ein bekannter amerikanischer Film. Anlässlich der 60-Jahr-Feier unseres Kreisverbandes haben Rolf Marquardt und ich einen Rückblick über Jahrzehnte liberaler Politik im Landkreis Fürstfeldbruck gehalten. Die Parallelen, die sich durchgehend bis heute immer wieder ergeben, sind unverkennbar. Das fängt beim Umgang der Parteifreunde miteinander an: immer die gleichen Abläufe. Es setzt sich fort bei den Erfolgen und Misserfolgen unserer FDP: immer die gleichen Wellenbewegungen. Und die Reaktionen der Parteibasis sind logischerweise auch nahezu identisch.



Birgit Thomann

Diesmal sind die Wellenbewegungen allerdings besonders turbulent. Nach Ergebnissen um die 16% wussten wir zwar, dass dies nicht dauerhaft so bleiben würde. Meine Vermutung – und Hoffnung – war ein Einpendeln so bei 10%. Was wir nie mehr wollten, war ein Zittern an der 5%-Hürde. Mit unserer Bundespartei möchte ich mich

aber nun nicht nochmal beschäftigen.

Mir geht es um inhaltliche Perspektiven, besonders in meinen Spezialgebieten, die auch über Jahrzehnte unseren Kreisverband geprägt haben und für die wir über die Grenzen hinaus bekannt sind. Einer dieser Schwerpunkte war und ist die Bildungspolitik. Seit der Neuwahl des Kreisvorstandes im Mai letzten Jahres hatten wir mehrere Veranstaltungen und Initiativen zu unserem Hauptthema: Treffen mit Elternbeiräten zur Schulsituation in Olching, Besuch von fast allen Schulen in Germering, Liberaler Gesprächskreise mit Landtagsabgeordneten zu Schule und Universität, Überblick über die Bildungseinrichtungen auf unserer Klausurtagung. Dazu kommen die Anstrengungen unserer Kreisräte für eine gründliche und nachhaltige Sanierung von weiterführenden Schulen.

Diese Wege sollten wir fortsetzen. Auch wenn es gebetsmühlenartig klingt: Olching, das ja wohl bald Stadt wird, braucht mit seinen 25000 Einwohnern eine Realschule, die auch als Kooperationsmodell mit einem immer schmaler werdenden Hauptschulbereich geführt werden kann, zumal dort ohnehin ein neues Gebäude entsteht.

Was die Landespolitik betrifft, so kommt Anfang November unsere dritte Landtagsabgeordnete,

### Inhalt

- Liberaler Einblicke und Ausblicke. Rückblick und Perspektiven der Arbeit des Kreisverbandes in der Sozialpolitik von Birgit Thomann  
*Seite 1*
- Schafft sich Deutschland ab? Kommentar und Aufruf zur Diskussion um Thilo Sarrazins neues Buch von Hendrik Grallert  
*Seite 2*

Julika Sandt, zu einem bildungspolitischen Thema mit Schwerpunkt Gymnasium nach Germering. Für den Kreisverband Fürstenfeldbruck habe ich eben einen Antrag zum Landesparteitag in Kulmbach gestellt, in dem ich mehr Förderstunden für schwächere Schüler in den ersten beiden Jahren der Grundschule proklamiert habe. Besonders in der Mathematik gibt es derzeit nahezu keine zusätzlichen Stunden.

Mit der Förderung von Kindern kann überhaupt nicht früh genug begonnen werden. Wir sprechen uns auch dafür aus, den Kindergartenbereich in die Zuständigkeit des Kultusministeriums einzugliedern, denn Bildung fängt längst vor der Grundschulzeit an. Um die Situation von Kindern in schwierigem Umfeld zu diskutieren, hatten wir die Vorsitzende des Kinderschutzbundes München zu Gast, einige Monate später Vertreter der Kinderschutzstelle Koki und des Jugendamtes Fürstenfeldbruck.

Zur Familienpolitik in Zusammenhang mit finanziellen, besonders steuerlichen, Entlastungen sehe ich noch eine ganz erhebliche Baustelle. Es ist sicherlich zu begrüßen, dass von den Gerichten auch andere Lebensgemeinschaften der Ehe gleichgestellt werden. Kerngedanke ist, dass Gemeinschaften gefördert werden, wo Menschen dauerhaft füreinander eintreten. Ist das aber nicht auch dann der Fall, wenn z.B. verwitwete oder geschiedene Freundinnen oder Freunde oder ältere Geschwister zusammenziehen? Die finanzielle Förderung könnte dabei natürlich

ausufern. Wenn Menschen eine gemeinsame Wohnung nehmen und einen gemeinsamen Haushalt führen, kommen sie ohnehin finanziell günstiger als Singles. Muss der Staat dies noch besonders unterstützen? Allein durch den Trauschein sparen derzeit auch kinderlose Ehepaare mit einem besonders gut verdienenden Partner monatlich mehrere hundert Euro – dank des Ehegattensplittings. Demgegenüber ist das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden am allergrößten. Viele rutschen in Hartz 4 ab mit allen negativen Folgen für die schulische und gesellschaftliche Situation der Kinder. Aber auch die Kinder von durchschnittlich oder gut verdienenden Alleinerziehenden stehen finanziell wesentlich schlechter da als subventionierte Ehepaare. Um Kinder fair und gleichberechtigt zu fördern, halte ich die Einführung eines Familiensplittings für dringend notwendig. Natürlich muss es dabei Bestandsschutz für ältere Paare geben, für die die Hausfrauenehe der damals übliche Lebensentwurf war. Das Familienbild hat sich aber im Lauf von Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Kinder sind unsere Zukunft. Sie müssen wir besonders fördern!

Birgit Thomann  
Stv. Kreisvorsitzende  
Bildungspolitische Sprecherin des  
Kreisverbandes Fürstenfeldbruck

## Schafft sich Deutschland ab?

Kommentar und Aufruf zur Diskussion um Thilo Sarrazins neues Buch  
von Hendrik Grallert

"Ich lese keine Zeitung mehr." Diese Antwort bekam ich neulich von einem Arbeitskollegen auf die Frage, ob er einen bestimmten Artikel auf [spiegel.de](http://spiegel.de) schon gelesen hätte. Die Medien seien ein Einheitsbrei, es würde dort nur „die Meinung der Politiker“ vertreten, abweichende Meinungen totgeschwiegen: Die Diskussion um Thilo Sarrazin hatte ein weiteres Opfer gefordert. Dabei wird von links wie rechts derzeit lauthals gefordert, die

Integrationsdebatte zu führen, und zwar bevorzugt „hart“. Führen wir sie also!

### Hat Sarrazin recht?

Ja und nein. Ob seine Fakten und Statistiken stimmen, wird man nur in jedem Einzelfall prüfen können. Der Integrationsforscher Klaus Bade widerlegt im Spiegel einige von Sarrazins

Behauptungen: So ist der Bildungserfolg bei italienischen Migranten offenbar statistisch geringer als jener von türkischen. Türke zu sein, reicht also wohl als Erklärung für schlechte Schulnoten nicht aus. Ohnehin hält Bade eine auf einen Zeitraum von mehreren Generationen angelegte Bevölkerungsprognose, wie Sarrazin sie wagt, für abwegig: Wer im Jahre 1910 aufgrund der damaligen Daten in die Zukunft hochgerechnet hätte, wäre wohl weit daneben gelegen. Einflussfaktoren wie Krieg, Migration oder auch die Pille hätten jede Vorhersage ad absurdum geführt. Andererseits sagt auch Bade Sätze wie: „Das deutsche Schulsystem geht von Voraussetzungen aus, die zugewanderte Eltern nur bedingt erfüllen.“ Und auch aus der Politik werden einige von Sarrazins Thesen aufgegriffen. So befand der Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Wolfgang Bosbach (CDU), es gebe „zu viele Fälle von Integrationsverweigerung.“ Sarrazin pauschal recht zu geben oder seine Aussagen inhaltlich pauschal zu verurteilen, führt also kaum weiter.

## Hat Sarrazin sich im Ton vergriffen?

Ja, hat er. Es ist klar, dass eine Debatte über Migration in Deutschland anders geführt werden muss als in Ländern mit weniger problematischer Vergangenheit. Die politische Korrektheit verhindert zwar nicht die Debatte, wie häufig geklagt wird. Aber sie verhindert grobe bis falsche Vereinfachungen, wie sie in vielen anderen Politikbereichen gang und gäbe sind. Muslimen und Juden „ein bestimmtes Gen“ (wenn auch letzteren ein „positives“) zu attestieren, wie Sarrazin es getan hat, ist Unsinn. Religion ist nicht genetisch bedingt. Zudem klingt das eben auch sehr nach rechtsextremem Gedankengut – Sarrazin hätte das wissen müssen, zumal er auf eine lange politische Karriere zurückblickt.

## Was gibt es also zu debattieren?

In der SPD-Zentrale trudeln tausende E-Mails ein und die „überwiegende Mehrheit“, so Sigmar Gabriel, nimmt Sarrazin in Schutz. Eine von Sarrazin geleitete Protestpartei, sagen Meinungsforscher, käme aus dem Stand auf 20%.

Die taz konstatiert, dass „Kopftücher in der Philharmonie für Irritationen in den bildungsbürgerlichen Parallelgesellschaften der Bundesrepublik sorgen“. Mein Kollege hingegen, dem bildungsbürgerlichen Philharmoniebesuch gänzlich unverdächtig, stellt fest, dass die Politiker ob ihrer üppigen Gehälter eben keine Ahnung vom Leben mit Migranten in Neu-Köln oder Neuperlach hätten.



Hendrik Gallert

Quer durch alle politischen Richtungen und gesellschaftlichen Schichten scheint also ein guter Teil der Bevölkerung der Meinung zu sein, dass Integration, so wie sie im Moment stattfindet, nicht funktioniert. Vorschläge, was zu tun ist, gibt es zuhauf: Deutschsprachige Kita ab dem 3. Lebensjahr; verpflichtende Arbeitseinsätze für Migranten, die von Sozialhilfe leben; Geldstrafen für Eltern, deren Kinder die Schule schwänzen und vieles mehr. Dabei existiert allerdings auch einiges an Unkenntnis: Dass es zum Beispiel bereits seit 2007 Sprachtests beim Ehegattennachzug gibt, war meinem Kollegen neu. Klar ist: Wenn den Bürgern die Angst vor der Zuwanderung genommen werden soll, muss sich die Integrationspolitik vom Sorgenkind zur Erfolgsstory wandeln.

Wenn Sie, liebe Leser, diese Debatte aufgreifen wollen, freue ich mich auf ihre Zuschriften an: [hendrik.gallert@fdp-groebenzell.de](mailto:hendrik.gallert@fdp-groebenzell.de)

Hendrik Gallert  
Organisator des Kreisverbandes